

## Die französischen Radicaux und die Appeasement-Politik. Ein Dilemma zwischen Ideal- und Realpolitik im Kontext des Münchner Abkommens 1938

Die 1901 gegründete Radikale Partei ist heute die älteste in der französischen Parteienlandschaft. Von den deutschen Linksliberalen des Kaiserreichs, besonders in der Fortschrittlichen Volkspartei, wurden sie als ideenverwandte Bewegung, ja auch als Partner betrachtet, z. B. am Vorabend des Ersten Weltkrieges, als sie sich im Rahmen der deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914) begegneten.<sup>1</sup> Von den Kammerwahlen des Jahres 1902 bis 1940, d. h. bis zum Zusammenbruch der Dritten Republik, bildeten sie im politischen Leben Frankreichs die große Mittelpartei, die an vielen Ministerien beteiligt war und große Reformen wie die Verweltlichung der Staatsschulen oder die Trennung von Staat und Kirche maßgeblich beeinflusste. Die französischen Radicaux sind als Vertreter eines breiten Mittelstands eher als eine bunte Gruppierung zu betrachten, in der mindestens zwei Richtungen, ein linker und ein rechter Flügel, in wichtigen Fragen manchmal gegensätzliche Optionen verfochten, was wiederholt zu ernststen inneren Krisen führen musste.

Solche Krisen traten in charakteristischer Weise auf dem Gebiet der Außenpolitik auf: In der Einstellung zu den außenpolitischen Herausforderungen, vor denen Frankreich und Europa nach dem Ersten Weltkrieg standen, ist es unmöglich, von einer einheitlichen Linie der französischen Radikalen Partei zu sprechen. Diese Situation ist auf philosophische Ideen und persönliche Erlebnisse zurückzuführen. Einige prominente Radicaux der älteren Generation gehörten zu jenen, die vor dem Ersten Weltkrieg in der humanitär orientierten Friedensbewegung eine maßgebliche Rolle gespielt hatten; sie sollten die Friedens- und Appeasement-Politiker der jüngeren Generation beeinflussen, die oft Kriegsteilnehmer waren und nach dem Schützengraben-Erlebnis Befürworter der Parole »Nie wieder!« geworden waren. Zu der älteren Generation gehörten der Senator Paul d'Estournelles de Constant (1852-1924), der 1899/1900 Frankreich neben Léon Bourgeois (1851-1925)

1 Philippe Alexandre: *Le libéralisme de gauche allemand et le radicalisme français, 1866/68-1914*. In: Stefan Fisch/Florence Gauzy/Chantal Metzger (Hrsg.): *Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich/Les structures de pouvoir dans l'État en France et en Allemagne*. Stuttgart 2007, S. 127-146.

und dem bedeutenden Rechtsgelehrten Louis Renault (1843-1918) auf der Ersten Haager Konferenz vertreten hatte; er wurde 1909 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Diese Friedenspolitiker machten es sich zur Aufgabe, dahin zu wirken, dass in Zukunft internationale Konflikte schiedsrichterlich beigelegt würden; dies war das Anliegen der »International Conciliation«, der großen Bewegung, in der die 1888/89 gegründete Interparlamentarische Konferenz eine der wichtigsten Kräfte darstellte. In diesem Rahmen fanden am Vorabend des Ersten Weltkrieges die deutsch-französischen Parlamentartreffen von Bern und Basel statt.

Nach dem Krieg wurde der französische Radikale Léon Bourgeois, der 1920 den Friedensnobelpreis erhielt, zum ersten Vorsitzenden des Völkerbundes gewählt. Der Pädagoge und Politiker Ferdinand Buisson übte als Pazifist in den Organisationen der Grundschullehrer einen großen Einfluss aus. Auch er sollte mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden, und zwar 1927, in der Zeit des Locarno-Geistes, gemeinsam mit dem deutschen Linksliberalen Ludwig Quidde. Joseph Caillaux, ein Mann mit einem ganz anderen Profil, der 1911 zum Präsidenten des Ministerrates ernannt und zwei Jahre später zum Vorsitzenden der Radikalen Partei gewählt wurde, trat damals für eine Verhandlungs- und Entspannungspolitik gegenüber Deutschland ein und sprach sich gegen das umstrittene Gesetz aus, das die Wiedereinführung der dreijährigen Militärdienstzeit verfügte. Georges Clemenceau, eine der zentralen Figuren des französischen *radicalisme*, wurde 1917 Vorsitzender des Ministerrates; er war die entscheidende Persönlichkeit, die den Versailler Vertrag, das folgenschwere »Diktat« von Versailles, maßgeblich beeinflusste. Dieser Vertrag war bekanntlich ein Widerspruch in sich: Er enthielt in seinem ersten Teil die Satzung des Völkerbundes, auf den viele Friedenspolitiker große Hoffnungen setzten, barg aber auch die Keime eines künftigen Krieges in sich.

Wie verhielten sich nun die französischen Radicaux im Kontext der Zwischenkriegszeit zur Frage des Appeasement? Diese Zeit der anhaltenden politischen Instabilität, in der Frankreich regelmäßig Regierungswechsel erlebte, markierte den Höhepunkt des Einflusses ihrer Partei. Vom 14. Juni 1924 bis zum 14. Dezember 1932 leitete ihr Vorsitzender Édouard Herriot dreimal eine Regierung. 1923 war die »Entente Cordiale« zwischen Frankreich und Großbritannien deshalb beendet worden, weil zwischen beiden Ländern keine Einigung über die deutsche Frage erzielt werden konnte. Im Juli/August 1924 nahm Herriot an der Londoner Konferenz teil und machte die Räumung des Ruhrgebiets möglich. Nach dem Abkommen von Locarno, in dem das Prinzip einer gegenseitigen Garantie der Grenzen im Geiste einer Entspannungspolitik angenommen wurde, konnte er auf den Annäherungsversuch von Aristide Briand und Gustav Stresemann aufbauen, der mit einer wirtschaftlichen Appeasement-Politik (*economic appeasement*) fortgesetzt

wurde. Der Dawes-Plan und der Young-Plan sollten als Umschuldungspläne Deutschland wirtschaftlich entlasten. Im September 1926 konnte Deutschland auf französischen Vorschlag dem Völkerbund beitreten. Auf der Grundlage des Briand-Kellogg-Paktes (1927/28), der ein völkerrechtlicher Vertrag zur »Ächtung des Krieges« war, verpflichteten sich 63 Staaten, ihre Differenzen mit anderen Mitteln als Gewalt beizulegen.

Am Ende der 1920er Jahre, die auf eine positive Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa hatten hoffen lassen, verschärfte die Wirtschaftskrise die nationalen Gegensätze und begünstigte den Aufstieg des Faschismus und des Nationalsozialismus. Mit dem Jahr 1933 trat bekanntlich eine Wende ein: Es kam zu einer Kraftprobe zwischen Demokratien und Diktaturen. Die französischen Regierungen, an denen Radicaux wie Herriot, Caillaux, Mandel beteiligt waren, hatten in den dreißiger Jahren nicht nur die Folgen der Wirtschaftskrise zu meistern, sondern auch auf außenpolitische Herausforderungen zu reagieren: Deutschland konnte mit Englands Zustimmung 1935 wieder eine Armee aufbauen; im Frühling 1936, als Hitler das Rheinland remilitarisierte, standen in Frankreich die Kammerwahlen bevor und das Land wurde durch eine große Streikbewegung und eine innenpolitische Krise gelähmt, so dass die ernstesten außenpolitischen Probleme in den Hintergrund rückten, während Mussolini in Äthiopien hemmungslos handeln konnte, was dazu beitrug, dass der schon diskreditierte Völkerbund weitgehend an Einfluss verlor. In Spanien tobte der Bürgerkrieg. Dass Frankreich und Großbritannien sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten, verhinderte jede Intervention und begünstigte die aggressive Politik der Diktatoren.

Die Appeasement-Politik, die die westeuropäischen Demokratien bis zum Münchener Abkommen betrieben, schwächte sie. Unter Appeasement versteht man eine Politik der Zugeständnisse, der Zurückhaltung oder des Entgegenkommens gegenüber Aggressionen, zur Vermeidung von Konflikten. Sie lässt sich je nach Land und Zeitkontext mit ideologischen oder mit realpolitischen Motiven erklären.<sup>2</sup> Im Fall Englands wurde sie in den dreißiger Jahren vom Premierminister Neville Chamberlain und einer Gruppe britischer Politiker verfolgt, die 1938 im Münchener Abkommen die Eingliederung des Sudetenlandes, später die Annexion der Tschechoslowakei – verbunden mit der Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren – tatenlos hinnahm, um einen Krieg in Europa abzuwenden. Die englische Appeasement-Politik der 1930er Jahre erklärt man auch mit ideologischen Gründen: Ihre Wortführer glaubten an die Möglichkeit, ein kollektives, vertraglich ver-

2 Vgl. u.a. Paul M. Kennedy: *Strategy and Diplomacy, 1870-1945: Eight Studies*. London 1983; R.J.Q. Adams: *British Politics and Foreign Policy in the Age of Appeasement, 1935-1938*. Basingstoke 1995; G. Post: *Dilemmas of Appeasement: British Deterrence and Defense, 1934-1937*. Ithaca, NY 1993.

einbartes Sicherheitssystem der europäischen Staaten zu schaffen, das auf dem Völkerbund und auf internationalen Verträgen beruhen sollte.

Die Appeasement-Politik kann man aber auch, wie der Fall Frankreichs in jenen Jahren zeigt, mit anderen Ursachen erklären, und zwar u. a. mit rüstungspolitischen und innenpolitischen Gegebenheiten, wozu auch innerparteiliche Streitigkeiten traten. Mit anderen Worten war diese Politik auch das Resultat einer französischen Krise, auch in dem Sinne, dass die damaligen Entscheidungsträger, und namentlich der Radikale Édouard Daladier als Präsident des Ministerrates (April 1938-März 1940), vor einem Dilemma standen: Wie sollte der Gegensatz zwischen den Grundsätzen einer Friedenspolitik, denen ein Teil der französischen Radicaux treu blieben, und den realpolitischen Notwendigkeiten, die die französischen und die internationalen Zustände diktierten, überwunden werden?

Im Lager der Radicaux sah die Situation so aus: Während die einen im Namen des Friedens für eine Verständigung mit den Diktaturen plädierten, traten andere für eine Politik des Widerstands, ja der offenen Konfrontation ein; als Entscheidungsträger verfolgte Édouard Daladier eine mittlere Linie, die sich aber unter dem Eindruck und dem Einfluss der Umstände keine konsequente Linie sein konnte. Weil die Hintergründe und Zusammenhänge der französischen Appeasement-Politik der dreißiger Jahre sich als äußerst komplex erweisen, ist der Prozess ihrer Klärung bis heute noch nicht abgeschlossen.

Der vorliegende Beitrag will die Elemente des Dilemmas von 1938 analysieren, die schwierige Entscheidung von Édouard Daladier unter dem Einfluss der Umstände erklären und die schier endlose Debatte, die darauf bis heute folgte, nachzeichnen.

## Die Appeasement-Politik der französischen Radicaux: die Friedenspolitik und die Macht der Umstände

Will man die Situation charakterisieren, unter der sich die Appeasement-Politik der französischen Radicaux von 1933 bis 1939, vor allem während der Sudetenkrise, vollzog, so muss man fragen: War Frankreich in den dreißiger Jahren imstande, sich gegenüber den Diktaturen politisch zu behaupten, und konnte es sich unbeugsam zeigen? Oder war es nicht vielmehr gezwungen, Kompromisse einzugehen und Konzessionen zu machen?

Die internationale Konstellation nahm sich aus französischer Warte so aus: Nach 1919 hatten die USA eine Garantie des Versailler Vertrages verweigert, Großbritannien verfolgte unter dem Konservativen Neville Chamberlain eine friedenspolitische Linie, was zur Folge hatte, dass Frankreich gegenüber Hitler und Mussolini isoliert dastand. Weil es sich seiner Schwä-

che bewusst war, musste es bis September 1938 und auch später im Kielwasser der englischen Regierung bleiben.

Schwere innenpolitische Unruhen konnten diese außenpolitische Schwäche Frankreichs nur steigern. Der Putschversuch der rechtsextremen »Croix de feu« am 6. Februar 1934 hatte Spuren hinterlassen. Édouard Daladier, der damals Präsident des Ministerrates war, hatte die Dritte Republik gerettet, indem er die Bildung einer linken Volksfront gegen eine Bewegung begünstigte, die die Republik zu stürzen drohte. Die Regierungen waren auch wiederholt mit Streikbewegungen und überhaupt mit einer sozialen Dauerkrise konfrontiert, die Frankreich dem Ausland gegenüber noch mehr schwächten.

Die Lage seiner Wirtschaft und daher seiner Finanzen hatten zur Folge, dass es – wie übrigens auch Großbritannien – nicht aufrüsten konnte und sich militärisch unterlegen fühlte. Außerdem hemmte die französische Diplomatie die ungünstige demographische Entwicklung.<sup>3</sup>

Wie häufig spielten die politischen Strategien von einzelnen Politikern und ihre Beziehungen untereinander auch eine Rolle, gerade in der besonders kritischen Phase zwischen der Sudetenkrise und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Das lässt sich z. B. an den Beziehungen zwischen Édouard Daladier als Präsident des Ministerrates und dem Außenminister Georges Bonnet feststellen: Der eine plädierte für eine entschiedene Haltung des Widerstands der Demokratien gegenüber Hitler, der andere für eine Verständigung.

Auch die öffentliche Meinung nahm im demokratischen Frankreich weitgehend Einfluss auf den Kurs der Außenpolitik. Hier zählte die pazifistische Bewegung seit Ende des Ersten Weltkrieges viele Anhänger,<sup>4</sup> unter dem Eindruck des andauernden Traumas behielt die Parole »Nie wieder!« ihre Kraft. In der Zivilgesellschaft, in literarischen Kreisen und in Kriegsveteranenverbänden sowie in Organisationen der Friedensbewegung hatten sich die Initiativen, die auf einen dauerhaften Frieden hinwirken sollten, vermehrt. Presseorgane der Radikalen Partei und ihr nahestehende Zeitungen und Zeitschriften unterstützten in den Jahren 1925/26 die Friedenspolitik der Außenminister Aristide Briand und Gustav Stresemann; als Sozialist, der eher über den Parteien stand, beeinflusste Briand auch wichtige Mitglieder der Radikalen Partei. Sein außenpolitisches Ideal war ein System der kollektiven Si-

3 Édouard Bonnefous: *Histoire politique de la Troisième République. Tome 6<sup>e</sup>: Vers la guerre. Du Front Populaire à la Conférence de Munich (1936-1938).* Paris 1965, S. 339.

4 Sophie Lorrain: *Des pacifistes français et allemands pionniers de l'entente franco-allemande: 1871-1925.* Paris/Montréal 1999; Gilbert Merlio: *Le pacifisme en Allemagne et en France entre les deux guerres mondiales.* In: <http://www.irice.univ-paris1.fr/spip.php?article710> (Zugriff am 12. September 2015).

cherheit und ein konföderiertes Europa.<sup>5</sup> Während der Sudetenkrise erwartete die öffentliche Meinung von der Außenpolitik der Daladier-Regierung, dass sie den Frieden aufrechterhielt; deshalb begrüßte sie die Unterzeichnung des Münchener Abkommens.

Hier drängen sich einige Bemerkungen auf. Die große Mehrheit der öffentlichen Meinung wünschte den Frieden. Ernüchterung manifestierte sich aber schon im Oktober 1938, als sich herausstellte, dass Konzessionen aussichtslos bleiben mussten und dass Hitler in seinen Forderungen immer rücksichtsloser reagierte; nun begann man einzusehen, dass die deutsche Politik notwendigerweise zum Krieg führen würde. Die Konservativen waren dennoch für eine Verständigung mit den Diktaturen, ebenso einige Radikale, die immer noch an die Möglichkeit einer Lösung der Probleme im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems glaubten. Die französischen Kommunisten allerdings, die zunächst pazifistisch orientiert waren, traten in den 1930er Jahren – unter dem Einfluss von Moskau – für eine harte Linie gegenüber den faschistischen Regierungen ein.<sup>6</sup>

Unter den Radicaux herrschte keine einhellige Meinung weder in sozialen und wirtschaftlichen noch in außenpolitischen Fragen. Unsere Aufmerksamkeit verdienen hier die sogenannten »Jungtürken«, deren bekanntester Vertreter, Édouard Daladier, als Nachfolger von Édouard Herriot zum Parteivorsitzenden gewählt worden war. Auch die Jungtürken waren eine bunt zusammengesetzte Richtung der Partei,<sup>7</sup> die in der Zwischenkriegszeit für eine Erneuerung der Parteidoktrin und für eine Modernisierung der französischen Gesellschaft und der politischen Einrichtungen Frankreichs insgesamt eintrat. Sie ist charakteristisch für die Reformbewegungen jener Jahrzehnte in Frankreich. Außenpolitisch unterstützten sie die Bemühungen des Völkerbunds und den Gedanken eines europäischen Föderalismus. In den internationalen Fragen unterschieden sie sich kaum von der Grundlinie der Partei; sie kennzeichnete vielleicht nur eine entschiedeneren Haltung, wenn es um die Fragen eines Schiedsgerichtsverfahrens in internationalen Streitfragen, den Völkerbund oder eine Annäherungspolitik mit Deutschland (bis 1933) und England ging. Sie waren Befürworter eines Gedankens, den Aristide Briand und Édouard Herriot zur Geltung zu bringen sich immer bemüht hat-

5 Jacques Bariéty/Antoine Fleury (Hrsg.): *Mouvements et initiatives de paix dans la politique internationale/Peace movements and initiatives in international policy/Friedens-Bewegungen und- Anregungen in der internationalen Politik: 1867-1928. Actes du colloque tenu à Stuttgart, 29-30 août 1985. Association internationale d'histoire contemporaine de l'Europe. Berne 1987; Élisabeth du Réau: L'idée d'Europe au XX<sup>e</sup> siècle, des mythes aux réalités. Bruxelles/Paris 1996, S. 80-123; René Leboutte: Histoire économique et sociale de la construction européenne. Bruxelles/Berne/Berlin 2008, S. 33.*

6 Yvon Lacaze: *L'opinion publique française et la crise de Munich. Bern et al. 1991, hier betr. die Kommunisten bes. S. 91.*

7 Serge Berstein: *La France des années 30. Paris 1993, S. 109.*

ten: »Durch ihre Vorbehalte gegenüber dem jakobinischen Nationalismus und ihre bejahende Einstellung zum Prinzip einer Revision der Nachkriegsverträge haben sie sich wohl am meisten ausgezeichnet.«<sup>8</sup>

Dass die französischen Radikalen nicht allein regierten, muss außerdem hervorgehoben werden. Nach dem 6. Februar 1934, dem Tag, an dem rechts-extremistische Verbände die Republik zu stürzen versuchten, kam es zu einer Annäherung zwischen den Radikalen, den Sozialisten und den Kommunisten; damals wurden die Weichen gestellt für die Bildung einer gemeinsamen Front der Linken, die dann 1936 als »Volksfront«-Regierung, also eine Koalition von Linksparteien, Realität wurde. Erst nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens, als eine Wende in der Politik Édouard Daladiers eintrat und die sozialen Errungenschaften von 1936 der Aufrüstung untergeordnet wurden, kam es zu einem Bruch zwischen den Partnern der Volksfront, in der Édouard Daladier Vize-Präsident des Ministerrates und zugleich Minister der Nationalen Verteidigung und Kriegsminister war.

In außenpolitischen Fragen zeigte sich diese Koalition gespalten. Eine ernste Frage war der Bürgerkrieg in Spanien. Der sozialistische Regierungschef Léon Blum wünschte eine Unterstützung der spanischen Republikaner in ihrem Kampf gegen General Franco. Unter dem Druck der von Baldwin geleiteten konservativen Regierung in London und der französischen Radikalen, und auch weil die öffentliche Meinung pazifistisch gesinnt blieb, musste sich Blum schließlich wider Willen für die »Nicht-Intervention« entscheiden, ein Entschluss, der Hitler willkommen war: Dieser wollte nämlich Frankreich isolieren in Hinsicht auf den kommenden Krieg, der als Verteidigungskrieg den französischen Erbfeind und Weltfriedensstörer brechen sollte. – Die französische Regierung fand in der spanischen Frage insofern einen Kompromiss, indem sie den Waffenschmuggel nach Spanien duldete. Hätte sich Léon Blum dem Willen der Radicaux und der Rechten nicht gebeugt, dann wäre seine Regierung von einer Allianz der Radicaux und der Rechtsparteien gestürzt worden. Das wusste er. Eine solche Allianz sollte im April 1938 mit der Bildung der dritten Daladier-Regierung (12.04.1938–11.05.1939) zustande kommen.

Was die Beziehungen zu Italien betrifft, so war die Situation schwieriger als im Fall Deutschlands. Bis 1938 zeigten sich Frankreich wie Großbritannien bereit, Konzessionen zu machen, weil sich Mussolini gegen den »Anschluss Österreichs« ausgesprochen hatte. Deshalb wurde er in Paris und London irrtümlicherweise als ein möglicher Verbündeter angesehen.

Die französische Regierung war sich jedoch der Gefahren bewusst, die von den Diktatoren drohten. Deshalb suchte sie Frankreich wieder aufzurüsten. Weil man die Staatsausgaben hatte herabsetzen wollen, hatte das Land

8 Jean-Thomas Nordmann: *Histoire des radicaux, 1820-1973*. Paris 1974, S. 238.

im militärischen Bereich unter einem Rückstand zu leiden. Die neue Rüstungspolitik stand unter dem Zeichen einer teilweisen Verstaatlichung, um den politischen Einfluss der Rüstungsindustrie zu begrenzen. Außer dass man den Ernst der Situation in Europa nicht völlig erkannte, blieb der Antfaschismus ein politisches Instrument für die innenpolitische Argumentation. Die Kommunistische Partei allein vertrat eine harte Linie und erklärte sich für den offenen Kampf gegen die faschistisch regierten Staaten. Zu einer wirklichen Aufrüstung kam es aber erst nach dem Sturz der Volksfront-Regierung, als die Radicaux wieder eine Regierung mit den Rechtsparteien bildeten und dadurch die Position des privaten Kapitals und der Arbeitgeber stärkten. Das Motto lautete nun: Stärkung der nationalen Verteidigung und Festhalten am Prinzip der Verhandlungen zugleich.<sup>9</sup>

Aus verschiedenen Gründen und in mancher Hinsicht musste sich die Politik der französischen Radicaux zu einer Kunst des Kompromisses entwickeln. Die idealistische Dimension fehlte aber nicht in den Reihen der Partei. Gerade in der Zeit, in der sie an der Volksfront-Regierung beteiligt war, bildete sich das »Rassemblement universel pour la Paix«, das um seinen kommunistischen Kern Menschen »guten Willens« zu organisieren suchte, auch durch Radicaux, deren Mitgliedschaft und Zusammenarbeit in dieser Organisation unentbehrlich waren, sollte diese Front zustandegebracht werden. Zwanzig prominente radikale Parteiführer gehörten dem Leitungsgremium dieses Bundes an; die Radikale Partei war die politische Organisation, die in Frankreich in diesem Kampf am stärksten vertreten war.<sup>10</sup> Dieses Engagement spiegelt die Zwiſtigkeiten innerhalb der Partei über außenpolitische Fragen wider. Der Beitritt zu dieser Organisation war für einen Teil der Mitglieder eine Möglichkeit, ihre Stellungnahme auf pazifistischem Terrain zu erkennen zu geben, mit der man von der Richtschnur der Parteiführung abwich.<sup>11</sup>

Dies war um so wichtiger, weil seit 1933 die Debatte um den Pazifismus in Frankreich eine besondere Bedeutung gewann, denn sie stand im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Radikale Partei zählte in dieser Frage so viele Tendenzen, wie es Auffassungen des Friedens und der Friedenspolitik geben kann. Beispielsweise neigte Gaston Bergery, der zum linken Flügel gehörte und die »Jungtürken« unterstützte, zum radikalen Pazifismus; von

9 Serge Berstein: *Le Parti républicain radical et radical-socialiste en France de 1919 à 1939. Thèse pour le doctorat d'État*, Université Paris-Nanterre, 1976, 4. Band, S. 1149-1150.

10 Thierry Wolton: *Le grand recrutement*. Paris 1993, vor allem das Kapitel: »La tentation radicale«; vgl. auch Rachel Mazuy: *Le Rassemblement Universel pour la Paix (1931-1939): une organisation de masse?* In: *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, Bd. 30, Nr. 30, 1993, S. 40-44.

11 Zum »Rassemblement« vgl. Rachel Mazuy: *Le Rassemblement universel pour la paix, 1935-1940. L'associationnisme politique dans le cadre du pacifisme français des années trente*. Institut d'études politiques de Paris. Paris 1991.

den Erfolgen der NS-Bewegung in Deutschland beeindruckt, trat er für eine Annullierung der deutschen Reparationen und eine kontrollierte Abrüstung ein.<sup>12</sup> Édouard Herriot, der Vorsitzende der Partei und 1932 Präsident des Ministerrates gewesen war, setzte dagegen seine entschiedene Hoffnung auf den Völkerbund und auf ein System der kollektiven Sicherheit. Der Jurist Pierre Cot schließlich, der Unterstaatssekretär im Außenministerium und später Luftfahrtminister war, zeichnete sich als einer der führenden »Jungtürken« aus und plädierte für eine Annäherung an die Sowjetunion, die Deutschland zum Frieden zwingen sollte. Drei Radikale, drei friedenspolitische Optionen. Die Prinzipien des Weltfriedensbundes waren so allgemein formuliert, dass jeder dort für seine eigenen Konzeptionen eintreten konnte.

Die Radicaux, die ihm angehörten, waren »Alibi-Mitglieder« des Weltfriedensbundes. Als Elemente einer Partei, die den Mittelstand vertrat, brachten sie der Komintern durch ihre Mitgliedschaft Prestige, um so mehr als sie »Jungtürken« waren, d. h. die lebendigsten Kräfte des linken Flügels einer Partei, die sich in einer notwendigen, aber verhängnisvollen Kompromisspolitik erschöpft hatte. Sie zeigten sich aber besonders besorgt gegenüber der national-sozialistischen Gefahr. Waren sie dem »Rassemblement« als Vortrupp im antifaschistischen Kampf beigetreten, so verbanden sie damit die Hoffnung, dass diese Gefahr durch eine Isolierung Deutschlands, besonders mit Hilfe des Völkerbunds, eingedämmt werden könnte. Die »Jungtürken« hielten an der Option des Zusammengehens mit der Sowjetunion fest, namentlich nach dem Scheitern der Volksfront, auf die sie große Hoffnungen gesetzt hatten. Dieses Abdriften charakterisiert die Identitätskrise, die die Radikale Partei schon seit vielen Jahren durchmachte.<sup>13</sup>

Die Radikale Partei musste außerdem besorgt zusehen, wie links- und rechtsextremistische Gruppen im politischen Leben Frankreichs an Einfluss gewannen. In diesem Zusammenhang großer Spannungen suchten die »Jungtürken«, eine Erneuerung unter dem Zeichen der Realpolitik herbeizuführen. 1934 markierte eine Wende in der Geschichte der Partei: die Mehrheit unter dem Einfluss der »Jungtürken« und die »Valoisien« entwickelten sich immer mehr auseinander. Dies hatte zur Folge, dass die Partei nun den

12 Zur Frage der Opposition des linken Flügels innerhalb der Parti radical vgl. Daniela Neri-Ultsch: Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz. Linksbündnisse in der Dritten Französischen Republik 1919-1938. München 2005, hier bes. S. 301-306.

13 Seit 1924 erlebte die Radikale Partei eine Reihe von Misserfolgen. Sie zeigte sich unfähig, wie versprochen, das Land wieder aufzurichten. Während der Regierungszeit von 1924 bis 1926 und von 1932/33, konnte sie die Wirtschaftskrise nicht meistern; die Krise traf soziale Gruppen, aus denen sich die Mitgliedschaft der Partei rekrutierte. Es stellte sich heraus, dass die Partei nicht die angemessenen Maßnahmen getroffen hatte.

Nationalkonsens nicht mehr vertrat<sup>14</sup> und sich bei den Kammerwahlen vom Mai 1936 nicht mehr als erste Partei in Frankreich behaupten konnte.<sup>15</sup>

Diese inneren Zwistigkeiten führten dazu, dass sich im Bereich der Außenpolitik schon lange vor dem Münchener Abkommen folgenschwerer Mangel an Entschlossenheit manifestierte, z. B. 1935, als die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt, oder 1936, als das Rheinland remilitarisiert wurde; so konnte auch 1938 während der Sudetenkrise und in München die Politik der Daladier-Regierung gegenüber Hitler nur eine Politik der Schwäche sein.<sup>16</sup> Daladier musste handeln, aber ein Rückhalt fehlte ihm. Die nationalistische Rechte, die früher so oft den Krieg als Mittel der Außenpolitik und die Rüstungspolitik als Mittel der Diplomatie entschieden befürwortet hatte, trat nun für ein friedliches Verhältnis zu Deutschland und Italien ein, und zwar aus Gründen des Antikommunismus. Und in den Reihen der eigenen Partei setzte sich die Auseinandersetzung zwischen »Harten« und »Weichen«<sup>17</sup> fort.

An dieser Entwicklung stellt man Folgendes fest: Schon vor der Sudetenkrise und dem Münchener Abkommen war die Appeasement-Politik der Radicaux, wenn sie die Regierung leiteten, nicht das Resultat einer Entscheidung zwischen Ideal- und Realpolitik, sondern nur ein Kompromiss, der sich aus Schwäche und Unentschlossenheit gegenüber der Macht der Umstände ergab. Im Sommer und im September 1938 sollte sich daran nichts ändern.

### Die Appeasement-Politik der dritten Daladier-Regierung (April 1938 - September 1939) – Die Sudetenkrise und das Abkommen von München

Im April 1938 wurde die dritte Daladier-Regierung gebildet. Das Außenministerium erhielt der Führer des damals einflussreichen rechten Flügels der Radikalen Partei, Georges Bonnet, der die französische Außenpolitik entschieden in den Dienst des Appeasement stellen wollte: Dies hatte bei ihm absolute Priorität. Die Folge davon war, dass bis zum Münchener Abkommen vom 30. September 1938 Frankreich systematisch der Linie der Londoner Regierung unter Neville Chamberlain folgte; der konservative Premier-

14 Wolton: *Le grand recrutement* (wie Anm. 10).

15 Bei diesen Wahlen ging die Kommunistische Partei als eigentlicher Sieger hervor; 1936 stieg nämlich die Zahl ihrer Mandate von 10 auf 72.

16 Nicht zufällig spricht der Historiker Jean-Baptiste Duroselle von einem »Niedergang« Frankreichs im Laufe der 1930er Jahre. Jean-Baptiste Duroselle: *Politique étrangère de la France: la décadence, 1932-1939*. Paris 1979.

17 Wir greifen hier zurück auf Kategorien von Jean-François Deniau: *Le bureau des secrets perdus*. Paris 1998, S. 211.

minister lehnte bekanntlich das Prinzip einer Intervention in die mitteleuropäischen Angelegenheiten ab.<sup>18</sup>

War Bonnet überzeugter Pazifist, so lag dies daran, dass er am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, und unter dem Einfluss von Léon Bourgeois plädierte er seit den 1920er Jahren für ein System der kollektiven Sicherheit. Er konnte sich als Außenminister auf eine Gruppe von treuen Mitarbeitern stützen<sup>19</sup> sowie auf hohe Offiziere: General Vuillemin (Luftwaffe) und Oberst Didelet, Militär-Attaché in Berlin. Die sogenannten „Bonnetisten“ bildeten eine Minderheit, aber sie zeigten sich sehr aktiv, und außer diesem Kreis zählte die pazifistische Bewegung viele Anhänger, sei es links, bei den *néo-socialistes*, die den linken Flügel der Radicaux beeinflussten, oder rechts, bei gemäßigten Republikanern.

Ihre »realpolitischen« Argumente waren folgende: Den deutschen Revisionismus betrachteten sie als begründet, insbesondere in der Frage der nationalen Minderheiten, die nach ihrer Ansicht in Versailles so schlecht behandelt worden waren. Frankreich stand im internationalen Kräftespiel isoliert da: Das Allianzsystem, das es in Mitteleuropa geschaffen hatte, konnte sich als wirkungslos bzw. gefährlich erweisen. Das französische Rüstungs- und Wirtschaftspotential blieb ungenügend; Frankreich war auf einen Krieg nicht vorbereitet, und im Falle eines Konflikts wäre die Niederlage sicher gewesen. Eine Feststellung drängte sich auf: Die militärischen Ressourcen, über die das finanziell schwache Land verfügte, entsprachen nicht seinen außenpolitischen Verpflichtungen und Erfordernissen.

Zu dieser Situation meint der Historiker Jacques Puyaubert mit Recht: »Letztlich war das Appeasement in seiner französischen Version eine Antwort auf das Erkennen des Niedergangs Frankreichs in Europa und in der Welt.«<sup>20</sup> Diesem Niedergang galt es entgegenzuarbeiten. Dementsprechend suchte Georges Bonnet bis zum Münchener Abkommen das Foreign Office

18 Jacques Puyaubert: L'»apaisement« selon Georges Bonnet (Quai d'Orsay, 1938-1939). In: Synergies, Royaume Uni et Irlande, 2011/4, S. 117-128. G. Bonnet hatte zunächst ein maßloses Vertrauen in die Verhandlungspolitik; für ihn, wie für den harten Kern der Appeasement-Politiker, gab es immer eine Möglichkeit, den Frieden zu retten. Ebd., S. 118. Vgl. auch ders.: Georges Bonnet (1889-1973). Les combats d'un pacifiste. Rennes 2007, S. 151: »Da er [Georges Bonnet] ab 1932 seine Illusionen über den Völkerbund verloren hatte, bekehrte er sich zur Realpolitik.«

19 Zur unmittelbaren Umgebung Bonnets gehörten u.a. der Botschafter André François-Poncet, mehrere Minister: Guy La Chambre, Paul Marchandeu, Anatole de Monzie, außerhalb der Regierungskreise: Jean Montigny, Jean Mistler, Paul Faure sowie Pierre-Étienne Flandin, der führende Kopf der liberalen Rechten in den 1930er Jahren, der von November 1934 bis Mai 1935 Premierminister gewesen war. Im Jahre 1938 verkörperte er den »Geist von München«, und ging so weit, dass er nach der Unterzeichnung des Abkommens Hitler gratulierte. Unter dem Vichy-Régime nahm er das Amt eines Ministers an, womit er sich später eine Gefängnisstrafe zuzog.

20 Puyaubert: »L'apaisement« (wie Anm. 18), S. 119.

dazu zu bringen, die Souveränität und die Integrität der Tschechoslowakei zu garantieren; England war aber nicht in der Lage, eine Garantie zu geben.<sup>21</sup> Weil es sich seinerseits so unsicher fühlte, zeigte sich Frankreich in allen großen internationalen Fragen (Äthiopien, Spanien, Sudetenland) vorsichtig und blieb im Kielwasser des Foreign Office. George Bonnet und Édouard Daladier stimmten in dieser Haltung überein. Ihre Hoffnung war, dass sie damit Zeit gewinnen könnten, um Frankreich wieder aufzurüsten; bis dahin musste jede Außenpolitik vermieden bleiben, die automatisch eine Intervention erforderlich machen würde. Bonnet und Daladier suchten dementsprechend die Verständigung mit den Diktaturen, die Entente mit London und eine Allianz mit der Sowjetunion, die auf Hitler abschreckend wirken sollte.

Zu dieser Schwäche bzw. Handlungsunfähigkeit kam aber auch, dass sich die französischen Minister in der Sudetenkrise überrumpeln ließen. Einerseits lehnte Prag jeden Kompromiss ab, was der englisch-französischen Diplomatie jeden Spielraum entzog; andererseits handelte Hitler bekanntlich sehr schnell. Eine panische Angst ergriff den französischen Außenminister:<sup>22</sup> Bonnet fürchtete erstens als früherer Kriegsteilnehmer, dass man wieder einmal die Schrecken des Krieges erleben müsste; er fürchtete zweitens, dass im Fall eines Konflikts England neutral bleiben und dass Frankreich isoliert kämpfen würde. Deshalb entschloss sich die französische Regierung, eine abwartende Haltung einzunehmen, während Chamberlain in Bad Godesberg (23. September 1938) verhandelte und Prag die Mobilmachung beschloss.

In einem Brief an Édouard Daladier schrieb Bonnet damals:

»Unsere Isolation ist also dramatisch. Kaum kann man sich vorstellen, dass sie totaler sein könnte. Wieder einmal wird Frankreich mit seinen vierzig Millionen Einwohnern und seiner niedrigen Geburtenrate vielleicht auf drei Fronten dem Ansturm fast aller Nationen Osteuropas standhalten müssen. [...] Ich glaube nicht, dass es in der Lage ist, sich freiwillig auf einen so schweren Kampf einzulassen. Ich denke, dass Frankreich, das den Krieg nicht gemacht hat weder in der Sache der linksrheinischen entmilitarisierten Zone noch in der Sache der Wiederbewaffnung Deutschlands und des Anschlusses, auch nicht vor 1914, um seine Provinzen Elsass und Lothringen zurückzuerobern, daß Frankreich abwarten muß, um den Gedanken eines Konflikts hinzunehmen, bis es seine Kräfte, seine Allianzen, seine Freundschaften, seine Luftwaffe wieder aufgebaut hat. Seit fünf Monaten haben wir Tag und Nacht in der Zeit unserer vertrauensvollen Zusammenarbeit für den Frieden gekämpft. Ich beschwöre Sie, auf diesem Weg weiter zu gehen.

Dieser Weg allein kann uns retten.«<sup>23</sup>

21 Élisabeth du Réau: Édouard Daladier 1884-1970. Paris 1993, S. 235-239; vgl. auch Puyaubert: »L'apaisement« (wie Anm. 18), S. 120.

22 Geneviève Tabouis: Ils l'ont appelée Cassandre. New York 1941, S. 242.

23 Zitiert aus dem Privatarchiv von Georges Bonnet bei Puyaubert: »L'apaisement« (wie Anm. 18), S. 121 f.

Georges Bonnet ging nicht nach München, aus unklaren Gründen. Ob Daladier ihm mißtraute? Dafür gibt es allerdings keinen Beweis. Trotzdem bleibt Bonnet im kollektiven Gedächtnis der Mann von München, wahrscheinlich weil er immer einen pazifistischen Kurs um jeden Preis verfolgte und dabei bleiben wollte. Schließlich entschied sich Daladier auf Rat seines engen Beraters Alexis Leger, als Vorsitzender des Ministerrates die ganze Verantwortung zu übernehmen.<sup>24</sup> Leger war schon am Ende der 1920er Jahre ein fleißiger Mitarbeiter Aristide Briands gewesen. Wie der 1932 verstorbene Außenminister setzte er seine Hoffnung auf ein System der kollektiven Sicherheit unter der Leitung des Völkerbunds und befürwortete eine Annäherungspolitik zwischen Frankreich und dem besiegten Deutschland. Kurzum, er verkörperte den »Geist von Locarno«, den Geist des »Briand-Kellogg-Paktes«, der die »Ächtung des Krieges« und den Verzicht auf den Krieg als Instrument der Politik verkündet hatte. Leger wünschte, dass die Vereinigten Staaten wieder eine Rolle in der internationalen Politik spielten, und, wie seine Haltung 1936 während der spanischen Krise zeigte, war er ein überzeugter Wortführer der Nicht-Interventions-Politik: Es galt den Frieden zu retten.<sup>25</sup>

Aber 1938 unterschied sich die europäische Konstellation von der ein Jahrzehnt zuvor – vor allem nachdem im März der »Anschluss« stattgefunden hatte. Im April hatte der Radikale Daladier den Sozialisten Léon Blum an der Spitze der französischen Regierung abgelöst.

Idealistische Züge kann man der Haltung Daladiers in der tschechoslowakischen Krise nicht absprechen. Ende April hatten die Engländer erklärt: Wir wollen keine Allianz mit der Tschechoslowakei, die Ansprüche der Sudetendeutschen als Minderheit müssen berücksichtigt werden. Seinerseits wollte Daladier den Allianzen, die von Frankreich geschlossen worden waren, treu bleiben und die Verpflichtungen, die sein Land 1924 gegenüber Prag eingegangen war, erfüllen. Seiner Auffassung nach sollten außerdem die Tschechen als Bündnispartner konsultiert werden, und zwar nicht nur deshalb, weil sie ein wichtiges Element in der französischen Gesamtstrategie waren. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Moral ging es auch um das Ansehen Frankreichs.

Noch vor der ersten Reise einer französischen Delegation nach London am 18. September 1938 war Daladier entschlossen, sich fest zu zeigen; dann musste man zusehen, wie er zurückwich und schließlich während des zweiten Besuchs in London am 25./26. September die Haltung der Londoner Regierung übernahm. Wie lassen sich der Wandel und die Unterzeichnung des Münchener Abkommens erklären? Vor dem großen Dilemma zwischen den

24 Alexis Leger ist auch als Schriftsteller unter dem Pseudonym Saint-John Perse bekannt.

25 Vgl. dazu Christian Pallandre: *L'ombre et le regard. Quel a été le rôle d'Alexis Leger dans les accords de Munich?* In: *Le souffle de Perse. Revue de l'Association des Amis de la Fondation Saint-John Perse*, Nr. 15, Dez. 2011, S. 31-54.

idealistischen Prinzipien und der Realpolitik musste der Präsident des französischen Ministerrats der Macht der Umstände nachgeben, aber mit dem Gefühl, sich selbst verraten zu haben, auch wenn er seine Entscheidung mit wohlbegründeten Argumenten rechtfertigen konnte. Nach dem Gespräch mit den Engländern erklärte er den Mitgliedern der französischen Delegation bei einer Lagebesprechung:

»Meine Herren, ich bin nicht stolz. Nein, ich bin nicht stolz, denn darüber besteht kein Zweifel, die Tschechen waren unsere Verbündeten, ihnen gegenüber waren wir Verpflichtungen eingegangen. Was ich soeben gemacht habe, bedeutet, dass ich sie nicht erfüllt habe. Die Wahrheit, meine Herren, ich will Ihnen die Wahrheit sagen. Frankreich ist schwer krank. Ich weiß nicht, ob Sie sich dessen völlig bewusst sind, aber so ist es darum bestellt. Nun was kann ich tun, wenn ich keinen Rückhalt finde? Es gibt solche, die sagen, Hitler blufft und er wird einen Rückzieher machen, wenn ich mich nur unbeugsam zeige. Das ist wohl möglich, aber soll ich das Risiko eines Krieges eingehen? Das Risiko eines Krieges, ja, denn darum geht es. Wissen Sie, meine Herren, was ich heute morgen gemacht habe, bevor ich in das Flugzeug einstieg? Ich habe Delegierte von Arbeitern des Baugewerbes empfangen. Ja, meine Herren, jetzt wo es doch um Frieden oder Krieg geht, streiken die Arbeiter im Baugewerbe! [...] Die Tatsache ist aber, dass unsere Luftwaffe... das ist ja eine recht traurige Geschichte... Mit einem Wort, sie ist nicht viel wert... und die Deutschen wissen das natürlich und auch die Franzosen. Dann verstehen Sie, meine Herren, dass ich nicht aufschneiden kann.«<sup>26</sup>

Am 30. September 1938 wurde das Abkommen unterzeichnet. Das Dilemma zwischen Krieg und Frieden sollte im Laufe des nächsten Jahres überwunden werden, aber erst nachdem die Londoner Regierung beschlossen hatte, gegenüber den Diktaturen eine andere Haltung einzunehmen. In den Reihen der Radicaux dauerte der Konflikt zwischen den Friedenspolitikern, den »Pazifisten«, und den Befürwortern eines harten Kurses bis September 1939 an,<sup>27</sup> aber Daladier setzte sich ab dem Monat März 1939 durch: Den Frieden betrachtete er nun als einen bewaffneten Frieden. Er musste sich bloß die Mittel zur Führung seiner neu orientierten Politik verschaffen. Mit der Un-

26 Diese Äußerung von Daladier ist häufig zitiert worden, u.a. von Guy Girard de Charbonnières: *La plus évitable des guerres*. Paris 1985, S. 159 f. und Jean-François Deniau (wie Anm. 17), S. 230.

27 Georges Bonnet, der einer der Befürworter der Friedenspolitik blieb, wurde im September 1939 zum Finanzminister ernannt und damit von seinem Amt als Außenminister entfernt. Nach dem Abkommen von München hatte er weiterhin seinen pazifistischen Kurs verfolgt: Am 6. Dezember 1938 hatte er mit Ribbentrop einen deutsch-französischen Nichtangriffspakt unterzeichnet und war noch Anfang September 1939 bemüht, den Krieg zu verhindern. Siehe dazu Franz Knipping: *Die Deutsch-Französische Erklärung vom 6. Dezember 1938*. In: *perspectivia.net*, Beihefte der *Francia*, Bd. 10 (1981), S. 523-551. Vgl. auch Jacques Puyaubert: *Georges Bonnet (1889-1973), les combats d'un pacifiste (Histoire)*. Rennes 2007, S. 197-216.

terstützung von Mitarbeitern gelang es ihm, seinen Plan zu verwirklichen: Es galt, nicht nur alle Kräfte des Landes zu sammeln und Frankreich wirtschaftlich wieder aufzurichten, sondern auch diplomatisch neue Möglichkeiten zu erschließen.<sup>28</sup>

## Die Debatte um die Appeasement-Politik und die Unterzeichnung des Münchner Abkommens

In diesem Beitrag soll auch und vor allem auf das Dilemma zwischen Ideal- und Realpolitik eingegangen werden. Die Frage lautet: Wie lässt sich aus dieser Perspektive die Unterzeichnung des Abkommens von München auf französischer Seite verstehen? Zahlreich sind die Faktoren, die den Entscheidungsprozess mit beeinflusst haben, einen Prozess, der aber vom Historiker kaum erfasst werden kann. Dieser versucht natürlich die Entscheidungen mit rationalen Gründen zu erklären, was hier nicht möglich zu sein scheint. Deshalb blieb auch »München« der Gegenstand einer Polemik, die seit 1938 bis in die heutige Zeit fortlebt; immer wieder wurde dieser dramatische Tiefpunkt der französischen Geschichte analysiert, bis er neulich wissenschaftlich neu bewertet wurde.

Das Münchener Abkommen wurde Ende September 1938 in der französischen öffentlichen Meinung mit großer Erleichterung begrüßt.<sup>29</sup> Davon zeugt die zeitgenössische Presse. Die Zeitung *Le Matin* berichtete, wie sich die Pariser Bevölkerung dankbar zeigte, als Daladier und die französische Delegation nach Paris zurückkehrten: Es war ein richtiger Triumph. Sie hatten, so hieß es damals, »den Frieden gerettet«.<sup>30</sup>

Diesen München-Effekt bezeichnete aber damals der Sozialist Léon Blum als eine »feige Erleichterung«,<sup>31</sup> während der »Pazifist« Georges Bonnet mit Genugtuung im Abkommen das Ergebnis seiner eigenen Appeasement-Politik sehen wollte. Der Gedanke einer möglichen Verständigung mit Hitler stellte sich aber bald als eine Illusion heraus, ebenso die Hoffnung, mit Mussolini zusammengehen zu können. Außerdem scheiterte das Projekt einer Allianz mit der Sowjetunion als strategische Option, so dass im Jahre 1939, als Chamberlain und Daladier – allerdings sehr spät – beschlossen, auf die Ap-

28 Élisabeth du Réau: Entre la paix et la guerre. Édouard Daladier et le Parti radical de Munich à la défaite de 1940. In: <http://memoireetmoderniteradicales.com/nosrubriques/.../edouarddaladier.pdf> (Zugriff am 12. September 2015).

29 Gilbert Guilleminault (Hrsg.): *Le roman vrai de la IIIe République: les années difficiles*. Paris 1958, S. 405.

30 La victoire de la paix. Le retour triomphal de M. Édouard Daladier. In: *Le Matin*, Nr. 19914, 1. Oktober 1938, S. 1 f.

31 Zitiert nach Bonnefous: *Histoire politique* (wie Anm. 3), S. 348.

peasement-Politik zu verzichten, Georges Bonnet, der »Mann der Engländer«, isoliert dastand. Weil er trotzdem immer noch an die Möglichkeit einer Verständigung glauben wollte, verfolgte er seine Politik weiter bis zur Danzig-Krise.<sup>32</sup>

Die spätere Debatte um die Appeasement-Politik der französischen Radicaux und die Unterzeichnung des Münchener Abkommens umfasst mindestens drei Aspekte, die sich als Thesen folgendermaßen formulieren lassen:

1. Indem Frankreich am 30. September 1938 das Münchener Abkommen unterzeichnete, hat es die Tschechoslowakei, seinen Verbündeten, verraten.
2. Die Appeasement-Politik hat schließlich weder »München« noch den Krieg verhindert.
3. Die verantwortlichen Politiker der endenden Dritten Republik waren Schuld an Frankreichs Niederlage im Jahre 1940.

In der Geschichte dieser Debatte, in der die Meinungen auseinandergehen, kann man vier Phasen unterscheiden:

1. die Zeit des Vichy-Regimes (1940-1944), das im Jahre 1942 den sogenannten »Prozess von Riom« inszenierte;
2. die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Daladier und seine Freunde als Verräter betrachtet und diskreditiert wurden;
3. die polemischen Publikationen der 1970er Jahre;
4. die neuesten Studien, die auf wissenschaftlicher Grundlage eine ausgewogene Analyse liefern.

Beachtenswert ist die Biografie, die der Kunsthistoriker und Schriftsteller Yvon Lapaquellerie schon 1939 veröffentlichte und in der vom Autor die idealpolitische Dimension von Daladiers Politik hervorgehoben wurde. In München hatte der Präsident des französischen Ministerrats gegenüber Hitler erklärt: »Machtpolitische Lösungen können durch die Praktiken des Rechtes ersetzt werden.«<sup>33</sup> Die Bevölkerung von München zeigte sich dankbar, als die Unterzeichnung des Abkommens bekannt gemacht wurde. »Daladier, sei doch nett, / Zeige dich am Fensterbrett!«, rief die Menge vor seinem Hotel. »Heil! Heil!«, konnte man hören, als der Franzose endlich am Fenster erschien.<sup>34</sup> »In München ist der Friede gerettet worden. [...] Nie war Frankreichs Ansehen bei den großen Nationen so groß«, erklärte Daladier, als er in Paris zurück war.<sup>35</sup>

Der »Geist von München« sollte bekanntlich von kurzer Dauer sein und als das Vichy-Régime begründet wurde, war eine solche Apologie von Dala-

32 Élisabeth du Réau: Édouard Daladier et la sécurité de la France (1930-1933), Habilitationsschrift, Paris 1987, S. 1141 f.

33 Yvon Lapaquellerie: Édouard Daladier. 2. Aufl. Paris 1940, S. 184.

34 Ebd., S. 185.

35 Ebd., S. 186.

diers Politik undenkbar. Im Jahre 1942 fand in Riom (Département Puy-de-Dôme) ein Prozess statt, mit dem der Maréchal Pétain und das neue Régime zu beweisen suchten, dass Léon Blum und Édouard Daladier für die Niederlage Frankreichs 1940 verantwortlich seien. Dieses Unternehmen konnte aber nie zu Ende gebracht werden; schon deshalb, weil die Angeklagten die Beschuldigungen gegen die militärischen Behörden und die Heeresleitung Frankreichs, die sich völlig inkompetent in der Vorbereitung wie in der Führung des Krieges ausgewiesen hatten, umzukehren wussten. Durch die Diskreditierung der Demokratie und deren Exponenten, im vorliegenden Fall die französischen Radicaux und die Sozialisten, sollte der Prozess von Riom (Februar 1942-Mai 1943) dazu beitragen, die Legitimität des Vichy-Régimes zu begründen. Einer der Fehler der Politiker der Dritten Republik, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, war, dass sie im September 1939 den Krieg erklärt hatten.

Auch Gegner des Régimes veröffentlichten damals vernichtende Pamphlete gegen Daladier. Der auf die internationalen Beziehungen spezialisierte Journalist André Géraud kennzeichnete ihn als schwach und charakterlos; deshalb sei er unfähig gewesen, aus Frankreich einen totalitären, also zum Kampf vorbereiteten Staat zu machen.<sup>36</sup> Der Nationalist Géraud bekämpfte die Diktaturen ebenso wie den »Geist von München«: General Maurice Gamelin, der in seinen Berichten das deutsche Militärpotential überschätzte,<sup>37</sup> Daladier, der keinen Widerstand geleistet hatte, waren in seinen Augen – neben dem gemäßigten Republikaner Paul Reynaud als letzter Präsident des Ministerrats (März-Juni 1940) – die »Totengräber« der Dritten Republik. Die These der »Schwäche« und der »Inkompetenz« löst die Dichotomie zwischen Prinzipien- und Realpolitik auf: Indem sie den Radicaux das Rückgrat abspricht, das angesichts der damaligen Lage vonnöten war, lässt sie nämlich in der Diskussion keinen Platz für die These des Zögerns vor dem Dilemma zwischen Prinzipientreue und nüchterner Beurteilung der Lage, d.h. richtiger Einschätzung des Kräfteverhältnisses. In ihrer Daladier-Biografie (1993) schreibt Élisabeth du Réau, Professorin für Neueste Geschichte an der Pariser Sorbonne: »Die Art und Weise, wie der frühere Minister sich vor seinen Richtern verteidigte, entspricht nicht dem Bild, das während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg von ihm vermittelt wurde, d.h. dem Bild des fei-

36 Pertinax (d.i. André Géraud): *Les Fossoyeurs. Défaite militaire de la France, armistice, contre-révolution*; Bd. 1: Gamelin, Daladier, Paul Reynaud. New York 1943, S. 137.

37 Maurice Gamelin war 1931 zum Chef des französischen Generalstabs ernannt worden, ab 1935 vereinigte er dieses Amt und das des Generalinspektors des Heeres auf sich; das heißt, dass er viel Macht in seinen Händen konzentrierte. Anfang 1938 war er mit der Koordination der französischen Armeen, der Landstreitkräfte, der Kriegsmarine und der Luftwaffe beauftragt worden. Zu Gamelins Berichten vgl. du Réau: *Entre la paix et la guerre* (wie Anm. 28), S. 11 f.

gen Politikers, der kapituliert hatte, an der Niederlage schuld war und seine Fehler nicht verantworten wollte.«<sup>38</sup>

Wie nach der Niederlage von 1940 brauchte man im Jahre 1945, nach der *Libération* und später, einen Sündenbock. Deshalb begann damals ein Prozess anderer Art: Daladier wurde beschuldigt, nicht nur die Volksfront verraten, sondern auch in seinen Amtszeiten nach 1936 Frankreich geschwächt zu haben, während die autoritären Régimes aufrüsteten. Eine Kritik, die unbe-gründet ist: Seit 1936 hatten sich der Sozialist Léon Blum und Édouard Daladier zwar für die Nicht-Intervention entschieden; aber dafür hatten sie eine großangelegte Rüstungspolitik eingeleitet. Daladier als Nachfolger Blums gelang es, rüstungspolitische Entscheidungen durchzusetzen, auch wenn deren Umsetzung den Staatshaushalt überstrapazierte.<sup>39</sup> Und als Hitler sein Expansionsprogramm ins Werk setzte, wurde die Wiederaufrüstung Frankreichs in noch schnellerem Tempo fortgesetzt. Und zugleich suchten die Radicaux, eine engere Zusammenarbeit mit London möglich zu machen in der Hoffnung, dass Paris im Fall eines bewaffneten Konflikts sich auf eine Allianz mit England stützen könnte.

Die Polemik wurde aber in den 1970er Jahren fortgesetzt, namentlich durch das Zeugnis des Publizisten Viktor Alexandrov, »Les jours de la trahison« (Die Tage des Verrats), das 1975 erschien und später verfilmt wurde. Als Motto stellte Alexandrov seinem Pamphlet die berühmte Äußerung von Churchill voran, mit der der englische Politiker auf die Unterzeichnung des Abkommens reagierte: »In München standen Frankreich und England vor der Wahl zwischen einer Schandtat und dem Krieg. Sie haben sich für die Schandtat entschieden, sie werden jedoch den Krieg führen müssen.«<sup>40</sup> Der Publizist und Erfolgsautor Alexandrov wollte im Dunkeln gebliebene Aspekte der französischen Appeasement-Politik im Zusammenhang der 1930er Jahre klären, was aber angesichts der Komplexität der Situation nicht gelin-gen konnte.

Dann sollte die Polemik eine neue Wendung nehmen: Autoren fokussier-ten sich nun auf die Rüstungspolitik Daladiers. Damit wurde die andere Seite der Politik der französischen Radicaux und ihrer Koalitionspartner neu beleuchtet; d.h. Daladier erschien nicht mehr als der »Schwache«, der »Feige« oder der »Verräter«, sondern als der verantwortungsbewusste Entscheidungs-träger, der zunächst Frankreich mit einem nach den Berichten seiner militäri-schen Berater ausreichenden Rüstungspotential versehen wollte, um dann gegenüber den Diktaturen energisch auftreten zu können.

38 Vgl. du Réau: Édouard Daladier (wie Anm. 21) sowie Henri Michel: Le procès de Riom. Paris 1979.

39 du Réau: Édouard Daladier et la sécurité de la France (wie Anm. 32).

40 Victor Alexandrov: Les jours de la trahison. Paris 1975.

In diesem Sinne nahm sich François Paulhac am Ende der 1980er Jahre vor, »München zu rehabilitieren«. <sup>41</sup> Paulhac ist der Sohn eines Generalinspektors des französischen Heeres, Fernand Paulhac, der vor 1939 Zeuge der Schwierigkeiten bei der Wiederaufrüstung Frankreichs war. Die Unterzeichnung des Münchener Abkommens war nach 1945 öfters als ein Fehler abgetan worden; Paulhac erklärte nun: Heute stimmen viele Historiker darin überein, dass Hitler im September 1938 wie im September 1939 nicht bluffte. Die späteren Ereignisse haben eines völlig vergessen lassen: Die große Mehrheit der Zeitgenossen in Frankreich und wahrscheinlich auch in ganz Europa war wie der damalige britische Premierminister Neville Chamberlain der Ansicht, dass München »den Frieden für eine ganze Generation« garantieren würde. Schon drei Monate später glaubten – laut Meinungsumfragen – nur noch 50 Prozent der Franzosen an einen dauerhaften Frieden. <sup>42</sup> Paulhac vertrat folgende These: München ist ein Symbol für Defätismus geworden; aber die meisten Zeitzeugen und Historiker, die München positiv beurteilen, sehen in der Unterzeichnung des Abkommens nicht nur die Manifestation einer Friedenspolitik, – die später unter der abwertenden Bezeichnung »Pazifismus« verurteilt wurde, – sie erkennen auch ihren realpolitischen Charakter; d.h. Konzessionen waren nur ein Mittel, Zeit zu gewinnen, damit Frankreich sich auf den Krieg vorbereiten konnte. Fünfzig Jahre nach München schrieb Paulhac: Wir müssen uns an die Popularität erinnern, deren sich Daladier damals erfreute. <sup>43</sup>

Dazu muss man aber Folgendes anmerken: Trotz des München-Effektes war die öffentliche Meinung in Wirklichkeit gespalten. <sup>44</sup> Während die Rechte für eine Verständigungspolitik mit den Diktaturen plädierte, forderten die Kommunisten – aus den oben genannten Gründen – eine harte Linie, und, wie der kurz darauf in Marseille abgehaltene Parteitag zeigte, herrschte im Lager der Radicaux keine Einmütigkeit, auch wenn schließlich Daladier unterstützt wurde. <sup>45</sup> Während der Kammerdebatte, die am 4. Oktober 1938 stattfand, musste sich der Präsident des Ministerrats rechtfertigen. Er erklärte, er habe sich für eine Synthese entschieden, halbwegs zwischen denjenigen, die eine Verhandlungspolitik befürworteten, und denjenigen, die mehr Festigkeit gegenüber Hitler verlangten. Daladier fügte hinzu: »Man musste

41 François Paulhac: Les accords de Munich et les origines de la guerre de 1939. Paris 1988.

42 Ebd., S. 11. Zum ersten Mal in Frankreich wurden damals Meinungsumfragen von den Regierenden benutzt, um die Stimmung im Land zu messen und ihre Politik daran zu orientieren.

43 Ebd., S. 12.

44 Pierre Le Goyet: Munich, »un traquenard«? Paris 1998, S. 336-356. Vgl. auch die umfangreiche Studie von Lacaze: L'opinion publique française (wie Anm. 6), bes. S. 403-438.

45 Lacaze : L'opinion publique (wie Anm. 6), S. 375-379.

schnell handeln, den Rückgriff auf Gewalt verhindern, im Land das Plebiszit zugunsten des Friedens ermöglichen.«<sup>46</sup>

Im selben Jahr 1988 erörterte aber Oberst Pierre Le Goyet eine Darstellungsweise, die Daladier selbst im Jahre 1963 bei einem Gespräch mit ihm gelten zu lassen suchte: Man habe ihm mit der Münchener Konferenz eine Falle gestellt. Zum Gespräch von 1963 mit Daladier berichtet er:

»Herr Daladier hat mir persönlich erzählt, wie es ihm schwer gefallen sei, sich definitiv zu entscheiden. In einem nicht homogenen Kabinett bleibt man oft auf der Ebene der wahltaktischen, nicht auf der der nationalen Interessen.

Eine ideologisch geprägte Betrachtungsweise, sagte er mir, habe oft die strategischen Notwendigkeiten verdeckt, und, indem er das Abkommen unterzeichnete, habe er zunächst das Gefühl, dann die Gewissheit, dass er in eine 'Falle' geraten war.«<sup>47</sup>

Als Militär wirft dieser Autor dem Außenminister Georges Bonnet sowie der damaligen britischen und der französischen Regierung vor, nicht nur keinen richtigen Überblick über den Stand der militärischen Mittel gehabt zu haben, sondern auch die psychologische Dimension des tschechoslowakischen Problems verkannt zu haben.<sup>48</sup> Le Goyet betont wiederholt in seinem polemischen Buch, dass die meisten Politiker damals schlecht oder ungenügend über den Stand der jeweiligen Streitkräfte sowie über die Absichten der Gegner und die Handlungsmöglichkeiten unterrichtet waren. Deshalb habe die Entscheidung nur »instinktiv« getroffen werden können.<sup>49</sup>

Im Jahre 1993 erschien die Daladier-Biographie von Élisabeth du Réau, die Daladier Gerechtigkeit widerfahren lässt, indem sie sich auf Nachlässe und andere Archivquellen stützt, die eine neue Beleuchtung der Appeasement-Politik möglich machen.<sup>50</sup> Die in den 1930er Jahren geborene Historikerin nahm sich vor, die Appeasement-Politik der französischen Radicaux nicht a posteriori mit den Kategorien unserer jetzigen Zeit und aus unserer Perspektive zu beurteilen. Dieser Methodenfehler habe zu lange Zeit verhindert, dass man alle Faktoren und alle Zusammenhänge nüchtern mit in Betracht zog. Élisabeth du Réau zeigt nicht nur die Unterschiede unter den Radicaux auf: Georges Bonnets Linie der Friedens- und Verhandlungspolitik schien bis Ende 1938 die Oberhand gewonnen zu haben, während Daladier sich schon vor »München« für eine harte Linie entschieden hatte, sie aber nicht hatte durchsetzen können, dann nichtsdestoweniger alles Mögliche auf-

46 Journal officiel de la République française, Débats parlementaires, Chambre des députés, 1938, S. 1530.

47 Le Goyet : Munich (wie Anm. 44), S. 356.

48 Ebd., S. 14-15.

49 Ebd., S. 355.

50 du Réau: Édouard Daladier (wie Anm. 21).

bot, um Frankreich innenpolitisch und wirtschaftlich wieder aufzurichten und es auf einen Krieg vorzubereiten, der nun immer mehr als unabwendbar erschien. Sie schildert auch die damaligen Schwächen der französischen Demokratie gegenüber dem NS-Régime und wirft die Frage der Verantwortung Daladiers und der Radicaux für die Kriegserklärung und die Niederlage von 1940 auf. Vor der Münchener Konferenz hatte sich im Kabinett die »Linie der Festigkeit« im Namen der Prinzipien durchgesetzt, aber die Berichte von militärischen Beratern, die nicht in der Lage waren, das Kräfteverhältnis gegenüber den Diktaturen richtig einzuschätzen, schienen eine vorsichtige Haltung, in diesem Kontext eine nach Daladiers Konzeption realpolitische Position, nahezu legen.<sup>51</sup>

Die These von Élisabeth du Réau, die sich auf bis dahin unberücksichtigte Quellen bezieht, lautet: Die Unterzeichnung des Münchener Abkommens erlaubte es, »Zeit zu gewinnen«.<sup>52</sup> Der Präsident des Ministerrats setzte sich dann gegen die Appeasement-Politiker im Kabinett und die rührige Minderheit der Friedenspolitiker in der Radikalen Partei durch. Die Rüstungsanstrengungen des Jahres 1939, die man mit dem modernen Begriff als »Nachrüstung« kennzeichnen könnte, waren allerdings auch eine Reaktion auf die wachsende Kriegsgefahr. Sie kamen sowieso zu spät. Der Militär Pierre Le Goyet beweist seinerseits, dass angesichts des militärischen Potentials einer britisch-französischen Allianz die Unterstützung und die Verteidigung der Tschechoslowakei im September 1938 durchaus möglich gewesen wären. »Es genügte, den Willen dazu zu haben«, schreibt er. »War es schließlich besser, noch länger abzuwarten oder die Hitlerschen Pläne zu durchkreuzen? Abwarten, das hieß Deutschland die Tschechoslowakei, eine strategische Stellung, Ressourcen und Material ohne Gegenleistung schenken.«<sup>53</sup>

## Schlussbetrachtungen

Die Appeasement-Politik der französischen Radicaux am Ende der 1930er Jahre muss im Kontext einer Dauerkrise betrachtet werden. Wird diese Politik noch heute meistens negativ beurteilt, so liegt das daran, dass die vielen politischen und psychologischen Faktoren, die sie mit beeinflusst haben, kaum zu überblicken sind. Das Trauma des Ersten Weltkriegs hatte nachhaltige Folgen für das Verhalten der öffentlichen Meinung, die in ihrer großen Mehrheit den Frieden wünschte, ebenso für die Außenpolitik von Regierenden, die lange an die Effizienz des Völkerbunds, an die Möglichkeiten einer

51 du Réau: *Entre la paix et la guerre* (wie Anm. 28), S. 9 f.

52 Ebd., S. 10.

53 Le Goyet: *Munich* (wie Anm. 44), S. 410 f.

Verhandlungspolitik und eines kollektiven Sicherheitssystems unter dessen Leitung glaubten. Der Durchbruch und der Aufstieg des Nationalsozialismus und des Faschismus in Europa, das Versagen des Völkerbunds und die Erfahrung der Volksfront in Frankreich veränderten aber die außenpolitischen Konzeptionen innerhalb der Regierungsparteien. Auch die Radicaux blieben in zwei Lager gespalten: einerseits die Friedenspolitiker, andererseits die Befürworter einer harten Linie gegenüber den Diktaturen.

Das Abkommen von München markierte eine Wende. Bis zum 30. September 1938 schwankte Daladier zwischen einer Verhandlungspolitik und der Festigkeit. Zum einen hoffte er als früherer Kriegsteilnehmer und Pazifist, in München mit Hitler, der auch die Erfahrung des Ersten Weltkrieges gemacht hatte, verhandeln zu können; zum anderen zeigte er sich bis zum Tag der Konferenz entschlossen, die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der Tschechoslowakei zu erfüllen. Da er aber – außerhalb des Kreises seiner engen Mitarbeiter – in Frankreich keinen wirklichen Rückhalt für einen entschiedenen Widerstand gegen Hitlers Initiativen fand, da seine Berater vor der militärischen Überlegenheit Deutschlands warnten und die Engländer an der Appeasement-Politik festhielten, sah er sich zu einer Politik des Kompromisses verurteilt. Daladier war sich bewusst, dass die Unterzeichnung des Münchener Abkommens die Preisgabe seiner Grundsätze bedeutete, er betrachtete sie aber auch als einen Akt der Realpolitik: Er glaubte über zu wenig Spielraum zu verfügen und weigerte sich, das Risiko des Krieges einzugehen, auf den Frankreich nach den Berichten seiner Berater militärisch nicht vorbereitet war.

Neuere Studien haben einerseits gezeigt, dass der General Gamelin und andere Berater Daladiers im September 1938 die deutschen Streitkräfte überschätzten, und andererseits, dass die Konzession, die in München gemacht wurde, schließlich eine retardierende Strategie war. Frankreich sollte erst einmal wieder aufgerichtet und genügend auf den Krieg vorbereitet werden, bevor es eine andere Haltung gegenüber den Diktaturen einnahm. Der Wandel in der Politik der Londoner Regierung ab März 1939 sollte Daladier die Möglichkeit geben, sich gegenüber den Appeasement-Politikern im eigenen Lager durchzusetzen.

Dieses Schwanken zwischen Ideal- und Realpolitik sollte in Frankreich eine heftige und andauernde Polemik auslösen, die eigentlich nie ein Ende genommen hat. Diese Polemik war und bleibt der Ausfluss eines Unbehagens gegenüber einem der Tiefpunkte der französischen Geschichte. Daladier wurde seit dem Vichy-Régime bis heute von verschiedenen Lagern je nachdem instrumentalisiert. Man mag ihm den Vorwurf machen, mit der Unterzeichnung des Münchener Abkommens und mit späteren Entscheidungen im Laufe des Jahres 1939 den Krieg und die Niederlage von 1940 herbeige-

führt zu haben, man mag wie Jean-Baptiste Duroselle von einem »déclin«, von einem Niedergang Frankreichs und der Weltreiche sprechen.<sup>54</sup>

Die neueste Forschung hat sich bemüht, das Dilemma von 1938 wissenschaftlich zu beleuchten. François Paulhac nahm sich 1988, also fünfzig Jahre nach der so umstrittenen Entscheidung des damaligen Präsidenten des französischen Ministerrats, vor, »wenn möglich, München zu rehabilitieren«,<sup>55</sup> und damit die offizielle Geschichtsschreibung, die Daladier immer wieder belastet hat, in Frage zu stellen. Das Dilemma von 1938 kann auch, wenn man keinen Einblick in seine Komplexität hat, als ein Paradoxon erscheinen: Die »Friedenspolitiker« vom September 1938 waren nämlich diejenigen, die ein Jahr später Hitler den Krieg erklärten.

54 Siehe Anm. 16.

55 Paulhac: Les accords de Munich (wie Anm. 41), S. 16.

